



Zeitenwende lässt auf sich warten

Ein Jahr nach dem russischen Überfall auf die Ukraine vermisst Unionsfraktionschef Friedrich Merz entscheidende Weichenstellungen für die Zeitenwende, die der Kanzler am 27. Februar 2022 proklamiert hatte. Merz warf der Regierung vor, zu zögern und zu zaudern. Weder komme die angekündigte Nationale Sicherheitsstrategie voran, noch werde zügig in die Ausrüstung der Bundeswehr investiert. Auch auf die wirtschaftlichen Folgen des Krieges habe die Koalition keine fundierte Antwort.

In seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Kanzlers stellte Merz fest, dass dieser nur spärliche Konsequenzen aus der Zeitenwende gezogen habe.

Bei der Nationalen Sicherheitsstrategie, deren Vorstellung mehrfach verschoben wurde, streitet die Koalition über Zuständigkeiten. Dabei hätte genau diese Strategie Orientierung geben sollen, was die Zeitenwende bedeutet.

Auch das Verhältnis der Bundesregierung zu den USA ist Merz zufolge klärungsbedürftig. Scholz hatte in der Regierungserklärung keine Angaben zum Zweck seiner bevorstehenden Washington-Reise gemacht. Im Raum stehen Irritationen der USA, dass Scholz sie zur Lieferung von Abrams-Panzern an die Ukraine gedrängt habe, um mit der Lieferung von deutschen Leopard-Panzern nicht alleine dazustehen.

Zum Jahrestag des Kriegs beteuerte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, dass Deutschland unverbrüchlich an der Seite der Ukraine stehe, die einen hohen Preis für die Verteidigung der Freiheit zahle. Merz gedachte besonders der ukrainischen Kinder, die aus ihren Familien gerissen und nach Russland deportiert werden, um dort zu Russinen und Russen umerzogen zu werden.

Zynisch und menschenverachtend nannte der Fraktionschef Demonstranten in Deutschland, die vorgeblich für einen Frieden in der Ukraine eintreten, in Wirklichkeit aber Täter und Opfer vertauschten. Diesen Zynismus dürfe die Mitte des Parlaments nicht dulden, sagte er. „Es gibt nur einen, der für diesen Krieg verantwortlich ist, und der heißt Wladimir Putin.“ Nur Putin könne diesen Krieg beenden.

Merz machte auch darauf aufmerksam, dass es Russland um mehr gehe als nur die Eroberung von Territorien. Putin wolle sich weltweit neue Einflussphären schaffen. In diesem Zusammenhang sprach der Fraktionschef China an, das ebenfalls nach Dominanz strebe. Über wirtschaftliche Projekte wie die neue Seidenstraße versuche es, seinen Einfluss ausdehne.

Mit Blick auf das nun beendete Pipeline-Projekt Nord Stream 2, mit dem sich Deutschland energiepolitisch an Russland gebunden hatte, sagte Merz: „Wir dürfen diese Fehler nicht wiederholen.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



am 24. Februar des letzten Jahres hat der Angriffskrieg Russlands die Grundlagen der internationalen Ordnung massiv beschädigt. Deswegen habe ich und meine Fraktion die Ankündigung einer Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik durch

Kanzler Scholz begrüßt und unterstützt.

Wo stehen wir nun nach einem Jahr der Zeitenwende? Leider wird die Zeitenwende nur mit vielen Worten angekündigt, ohne dass viel passiert ist. Die Ampel verschleppt, verzögert und verstopft die Anpassung der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands an die neuen Realitäten. Den Ankündigungen der Ampel müssen nun endlich entschlossene Taten folgen. Das vom Bundestag bereitgestellte 100 Milliarden Sondervermögen muss zügiger bei der Bundeswehr ankommen, das Beschaffungswesen des Verteidigungsministeriums muss reformiert werden und das 2-Prozent-Ziel muss schnellstens eingehalten werden.

Neben der humanitären und militärischen Unterstützung der Ukraine brauchen wir unbedingt auch eine Antwort der Völkergemeinschaft im Namen von Recht und Gerechtigkeit. Hier hätte die Ampel diese Woche die Zeitenwende gemeinsam mit uns voranbringen können. Wir fordern nämlich bereits seit zehn Monaten ein internationales völkerrechtliches Sondertribunal, dessen Einrichtung erforderlich ist, um die Verantwortlichen der russischen Aggression in der Ukraine vor Gericht zu stellen. Bisher fand unser Antrag bedauerlicherweise keine Mehrheit. Und auch die Ampel hat bisher keinen eigenen Antrag zur Einrichtung eines Sondertribunals vorgelegt. Jedoch verdient dieses Anliegen angesichts des tapferen Freiheitskampfes der Ukrainer und angesichts der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für ein starkes Völkerrecht, eine breite Mehrheit im Deutschen Bundestag. Deswegen habe ich diese Woche nochmals allen Fraktionen der Ampel-Koalition signalisiert, dass unsere Hand weiter ausgestreckt bleibt, um eine gemeinsame fraktionsübergreifende Lösung zu erarbeiten.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Ihr

Dr. Günter Krings, MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch



Ampel-Strategie für eine feministische Entwicklungspolitik ist zu ideologisch

Sinnvolle Ziele verschwinden hinter schwer verständlicher Fachsprache

Am heutigen Mittwoch hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung seine Strategie für eine feministische Entwicklungspolitik vorgelegt. Dazu erklären der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volkmar Klein, und der zuständige Berichterstatter im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Georg Kippels:

Volkmar Klein: „Gerne hätte ich eine Strategie begrüßt, die verständlich darlegt, wie die deutsche Entwicklungspolitik künftig Frauen, Mädchen und andere benachteiligte Menschen in Entwicklungsländern auf ihrem Weg in eine lebenswerte Zukunft unterstützt und wie sie ihnen gleichberechtigt Chancen und Jobs bietet. Die vorgelegte sehr lange Strategie mit ihrer von Fachbegriffen gespickten Sprache scheitert daran leider komplett und gliedert am Ende auch noch die wirklichen Ziele und Aktivitäten in einen späteren Aktionsplan aus.“

Georg Kippels: „Richtigerweise sind Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung ein zentrales Thema für die Entwicklungszusammenarbeit. Frauen und Mädchen sind der Motor für Entwicklung – das belegen unzählige Studien und Projektauswertungen. Das Entwicklungsministerium knüpft mit der Fortschreibung seiner Strategie deshalb nahtlos an die Förderpolitik der Vorgängerregierungen unter Bundeskanzlerin Angela Merkel an. Ministerin Schulze überfrachtet diese Strategie jedoch mit einem ideologischen Überbau, der den Bedürfnissen vieler unserer Partnerländer nicht entspricht und auch wieder als paternalistisch wahrgenommen werden dürfte.“

Fotos: Tobias Koch / Deutscher Bundestag

Klima-Stiftung: „Tricksen, täuschen, vertuschen“

Die dubiosen Geschehnisse rund um die sogenannte Stiftung Klima- und Umweltschutz in Mecklenburg-Vorpommern müssen umgehend aufgeklärt werden. Das forderte die Unionsfraktion in einer aktuellen Stunde des Bundestages.

Die Unionsfraktion bezweifelt, dass Schwesig von dem Sumpf rund um die Stiftung nichts gewusst hat. Die Ministerpräsidentin sei bekannt dafür, dass sie in ihrem Einflussbereich alles unter Kontrolle habe.

Unter Schwesig war die Klima-Stiftung 2021 im Eilverfahren gegründet worden. Sie sollte es ermöglichen, dass die umstrittene Pipeline Nord Stream 2 trotz drohender US-Sanktionen weitergebaut werden konnte. Vom russischen Unternehmen Gazprom, dem Betreiber der Leitung, erhielt die Stiftung seinerzeit 20 Millionen Euro.

Nach einigem Hin und Her verlangte das Finanzamt für die Zuwendung eine Schenkungsteuer von 10 Millionen Euro, gegen die sich die Stiftung jedoch gerichtlich zur Wehr setzt.

Kürzlich wurde bekannt, dass eine Finanzbeamtin die lange Zeit verloren geglaubte Schenkungsteuererklärung der Stiftung „in Panik“ – wie es hieß – verbrannt hatte. Später wurde bekannt, dass der Finanzminister und die Justizministerin des Landes bereits seit Anfang Mai 2022 davon Kenntnis hatten. Öffentlich wurde jedoch seinerzeit weiter nach den Unterlagen gefahndet. Der in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzte Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Klimastiftung erfuhr davon auch erst im Dezember 2022.

Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 war das Geschäftsmodell der Stiftung beendet. Die Union erinnerte daran, dass Schwesig deren Auflösung versprochen und angekündigt hatte, die 20 Millionen Euro an die Ukraine zu spenden. Nichts davon sei geschehen. Der Ministerpräsidentin fehle es daher an „politischer Hygiene“. So entstehe Schaden für die Demokratie, für den Rechtsstaat und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen.

Die Unionsfraktion will Aufklärung darüber, wer genau wann was wusste. Sie fragt sich, warum es immer wieder zu vermeintlichen Pannen bei der Finanzverwaltung kommt, wenn es um die Stiftung geht. Auch dass politisch Einfluss genommen wurde, schließt sie nicht aus.

Impressum:

Ausgabe Nr. 04/2023,
03. März 2023

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck